

Das war das „Allstars Quartett“ um *Jea Assiamah* – ganz herzlichen Dank!

Liebe bergische Unternehmerinnen und Unternehmer, liebe Gäste,
auch ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserem IHK-Neujahrsempfang und wünsche Ihnen allen hier im Saal, Ihren Familien sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2018.

Meine Damen und Herren,

2017- es war ein ereignisreiches Jahr, oft auch ein Wechselbad der Gefühle:

- Donald *Trump*, als 45. Präsident der Vereinigten Staaten am 20. Januar ins Amt eingeführt, kündigte am 1. Juni den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen an und löste damit wiederholt weltweite Empörung aus.
-
- Der 39-jährige sozialliberale Pro-Europäer Emmanuel *Macron* wurde in Frankreich am 7. Mai zum neuen Präsidenten gewählt. Alle freuen sich – pro Europa.
-
- Die britische Premierministerin Theresa *May* verliert bei der extra vorgezogenen Neuwahl am 9. Juni ihre absolute Mehrheit im Britischen Parlament und macht damit die Brexit-Verhandlungen noch schwieriger.
-
- Am 15. Oktober gewinnt die ÖVP mit Sebastian *Kurz* die Wahlen in Österreich und in der Zusammenarbeit mit der FPÖ stärkt sie seitdem bewusst die osteuropäischen Länder, wie Ungarn, Tschechien und andere – also die eher nationalistische Sicht innerhalb Europas im Gegensatz zu den Auffassungen der Achse Frankreich und Deutschland.
- Und auch die Unabhängigkeitsbestrebungen von Teilen der katalonischen Bevölkerung und ihrer Volksvertreter machen die notwendige Proeuropäische Zusammenarbeit nicht leichter.

Bei uns in Deutschland wird

- Frank Walter *Steinmeier* am 12. Februar zum Bundespräsidenten gewählt, neben Gerhard *Schröder* der wichtigste Architekt der Agenda 2010, die heute im Nachhinein immer noch von Teilen der SPD bekämpft wird.
- Mit einer dramatischen Aufholjagd schafft es die CDU gemeinsam mit der FDP, die Landtagswahlen in NRW Mitte Mai knapp zu gewinnen und stellt seitdem die neue Landesregierung.

- Im Bund jedoch – trotz aller Bemühungen – sei es „Jamaika“ oder „GroKo“ oder „KoKo“ – haben sich unsere verantwortungsvollen Volksvertreter nach der Bundestagswahl immer noch nicht auf eine neue Regierung einigen können, dafür aber auf eine Diätenerhöhung...



Quelle: Imago/Michael Schick, 80594893

Das Jahr 2017 war für die deutsche Wirtschaft ein ausgesprochen gutes Jahr. Zur günstigen Entwicklung seit der Finanzkrise 2008/2009 haben aber hauptsächlich Faktoren beigetragen, auf die Bundes- und Landesregierungen nur wenig Einfluss hatten. Verantwortlich waren neben dem preiswerten Öl etwa der für deutsche Verhältnisse zu niedrig bewertete Euro,



sowie die Politik des billigen Geldes und niedriger Zinsen durch die Europäische Zentralbank. Diese Faktoren wirkten wie starke „Dopingmittel“ für die weltweite Nachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen sowie für den heimischen Konsum. Alles scheint zusammenzupassen: eine steigende Nachfrage nach deutschen Industriegütern,



Quelle: PantherMedia

mehr Aufträge für Dienstleistungsunternehmen, zunehmende Auslastung und Beschäftigung, darunter auch viele neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, Reallohnsteigerungen, dadurch mehr Kaufkraft und mehr Konsum – und das alles fast ohne Inflation bei den Gütern des täglichen Bedarfs.

Aber wird es auch 2018 und in den Folgejahren so erfolgreich weiter gehen können?

Gibt es bei der Konjunktur nur noch eine Richtung, nämlich nach oben?

Umfragen zeigen, dass der Fachkräftemangel den weiteren Aufschwung hemmen könnte.

Inzwischen hat jeder zweite Betrieb Probleme, geeignete Arbeitskräfte zu finden.



Quelle: PantherMedia

Die Einführung der Rente mit 63 war alles andere als hilfreich. Denn auch altersbedingt ausscheidende Fachkräfte können nicht adäquat ersetzt werden. Stichwort Demographie, gegenläufige Entwicklung mit Digitalisierung, Stichwort Babyboomer.

Unklar ist hier, in wie weit die fortschreitende Digitalisierung und künstliche Intelligenz dazu beitragen können, den bestehenden Fachkräftemangel zu lindern. Denn auch die Digitalisierung erfordert zunächst einmal zusätzliche Fachkräfte, und was bedeutet Digitalisierung und welche Auswirkungen hat sie, Leistungsprinzip oder bedingungsloses Grundeinkommen?

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass ein weltweit zunehmender Protektionismus die internationale Arbeitsteilung und Globalisierung in Frage stellt. Denn Deutschland – und auch unser exportorientiertes Bergisches Städtedreieck – sind elementar angewiesen auf faire internationale Handelsregeln.

Meine Damen und Herren,
die USA, zum Beispiel, können es sich leisten, den Fokus auf den eigenen gigantischen Binnenmarkt zu setzen.



Quelle: PantherMedia

Die US-Steuerreform wird die export-orientierte deutsche Wirtschaft unter Druck bringen. Zwar dürfte diese Steuerreform die Konjunktur in den USA anschieben, wovon auch Europa kurzfristig profitieren sollte. Aber die neue amerikanische Importbesteuerung wirkt schlussendlich wie ein neues Handelshemmnis und eine Zollschanke. Gleichzeitig verschärft die Reform den internationalen Steuerwettbewerb. Durch die Kombination aus massiver Steuersatzsenkung und der Verbesserung steuerlicher Abschreibungen entstehen erhebliche Anreize, Investitionen in die USA zu verlagern. Die verstärkte Kapitalnachfrage aus den USA wird außerdem weltweit schrittweise zu steigenden Zinsen führen. Bei der FED geht die Null-Zins-Periode bereits ihrem Ende entgegen.

Alle anderen Industriestandorte, speziell auch Deutschland, müssen folglich reagieren, um attraktiv zu bleiben. Der Druck, das deutsche Unternehmenssteuerrecht zu reformieren, dürfte größer werden. Die IHK-Organisation hat schon vor der Bundestagswahl ihre steuerpolitischen Positionen und Forderungen formuliert.



Quelle: DIHK

Im Wesentlichen geht es dabei um die Abschaffung von Vorschriften, wodurch die Unternehmenssubstanz besteuert wird. Negativ im Fokus stehen insbesondere die Hinzurechnungsregeln bei der Gewerbesteuer. Für Investitionen wird zwar keine hundertprozentige Sofortabschreibung gefordert, die künftig in den USA möglich sein wird, wohl aber die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung. Ferner sieht die IHK-Organisation Wettbewerbsnachteile der deutschen Unternehmen bei der steuerlichen Forschungsförderung, die es auszugleichen gelte. Darüber hinaus sollte der Solidaritätszuschlag komplett abgebaut werden und die Einkommenssteuer reformiert werden.

Meine Damen und Herren, weitere Herausforderungen auch bestimmte Reformvorstellungen des französischen Staatspräsidenten zur Weiterentwicklung der Europäischen Union sind bereits von der Europäischen Kommission als wenig realistisch eingeschätzt worden.



Quelle: Panther Media

Denn der Ausfall Großbritanniens als EU-Beitragszahler wird den deutschen Steuerzahlern bereits erhebliche Zusatzlasten bringen. Erst recht würde die Schaffung neuer EU-Institutionen und -Budgets beispielsweise eine gemeinsame Einlagensicherung für Banken und eine Sozialunion bedeuten, dass Deutschland noch kräftiger zur Kasse gebeten wird. Ganz abgesehen davon, dass bezweifelt werden kann, ob diese Reformvorschläge überhaupt in die richtige Richtung gehen. Die neue Bundesregierung wird genau prüfen müssen, ob die vertretenden Positionen tatsächlich Europa weiterbringen und auch bezahlbar sind.

Meine Damen und Herren,
während das Jahr 2017 für die deutsche Wirtschaft ein sehr gutes Jahr war, liegt Nordrhein-Westfalen seit Jahren bei Wachstum und Beschäftigung unter dem Bundesdurchschnitt.



Quelle: Imago/ecomedia, Robert Fishman, 81360814

Damit darf sich die neue Landesregierung jedoch nicht abfinden. Ziel muss es vielmehr sein, dass NRW mit neuem Selbstbewusstsein, ehrgeizigen Zielen und mutigem Handeln wieder in die Spitzengruppe der Bundesländer vorstößt. Unter dem Motto „Für einen neuen Aufbruch für NRW“ haben deshalb die Spitzenorganisationen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft gemeinsam die Erwartungen der Wirtschaft an die Landesregierung sowie die wichtigsten Handlungsfelder klar umrissen:

1.) NRW muss wieder das Land der besten Bildungs- und Zukunftschancen werden.



Quelle: Imago/imagebroker, 78133409

Die Entscheidung für eine Berufsausbildung verdient die gleiche Wertschätzung wie die Entscheidung für ein Studium. Außerdem muss NRW bei Forschung und Innovation wieder europaweite Spitzenplätze einnehmen. Unser Land muss Vorreiter der Digitalisierung sein.

2.) NRW muss wieder das Land der schnellen und belastbaren Wege mit einer hervorragenden Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur werden.



Quelle: Imago/ Gottfried Czepluch, 79447722

Wir als Unternehmer bauen darauf, dass die neue Landesregierung die harten Standortfaktoren Breitband, Fläche; Energie und Verkehrsinfrastruktur ganz oben auf ihre Agenda setzt.

Und 3.), meine Damen und Herren, NRW muss wieder das Land der Unternehmer und Gründer werden, damit unser Land mit einem starken Wirtschaftswachstum den Menschen im Land Wohlstand und Arbeitsplätze bieten kann. Die neue Landesregierung muss das Land modernisieren und fit für die Zukunft machen. Unabdingbar sind ein Ende der sozial- und umweltpolitischen Alleingänge sowie ein sofortiger Regulierungs-Stopp.



Quelle: Imago/Eibner, 80445257

NRW benötigt eine neue Willkommenskultur für Unternehmen und Arbeitsplätze sowie eine Gründeroffensive, um jungen innovativen Unternehmergeist zu wecken. Die Landesregierung muss für die gesellschaftliche Akzeptanz von Wirtschaft, Industrie und Innovationen sorgen.

Um diese Ziele zu erreichen, braucht Nordrhein-Westfalen einen verbindlichen, alle relevanten Politikfelder umfassenden, wirtschaftspolitischen Masterplan mit ehrgeizigen sowie klar messbaren Zielen.

Meine Damen und Herren,

deshalb ist es gut, wenn die neue Landesregierung zum Thema Bildung sagt:

- Wir haben uns jetzt für G9 entschieden, und reden zukünftig über Lehr- und Lerninhalte und nicht weiter über organisatorische Punkte,

zum Thema Infrastruktur/ Verkehr:

- ein Masterplan für die Autobahn-Baustellen bis 2036 erstellt wurde,
- Ausbau der Wuppertaler Südtangente (Parkstraße) L 419, endlich Planfeststellungsverfahren, Baubeginn um 2020, 40 Jahre nach ersten Planungen

zum Thema Finanzen:

- bis Ende dieser Legislaturperiode keine neuen Schulden aufgenommen werden sollen,

zum Thema Bürokratie sagt:

- Mit dem Entfesselungsgesetz 1 und 2 sollen bürokratische Hürden abgebaut werden.

Aber es bleiben auch viele Probleme zu lösen:

- jahrzehntelange Infrastrukturversäumnisse,
- Vielzahl von Baustellen im Bergischen, A 46, A 1, A 3,
- bisherige Abstimmung mit Behörden schlimm, deshalb Aktionsbündnis A1 Bergische IHK mit IHKs Hagen und Dortmund sowie mit betroffenen Kommunen und Planungsverantwortlichen;
- Stichwort Dieselfahrverbote: Bund und Land dagegen; Grenzwerte müssen im Realbetrieb eingehalten werden; Autokonzerne gefordert; moderne Verbrennungsmotoren neben Elektro....

Gestatten Sie mir, dass ich hier kurz ein Thema aufgreife, dass uns nach 2017 sicherlich auch noch in 2018 beschäftigen wird: Die Änderung des Ladenöffnungsgesetzes.



Seit etwa anderthalb Jahren fallen den Handelsunternehmen und Städten die Sonntagsöffnungen per Gerichtsbeschluss regelrecht vor die Füße. Neben dem deutlichen finanziellen Schaden ist gerade der Imageschaden für die Standorte nicht zu beziffern. So legitim der von den Gewerkschaften ins Feld geführte Anspruch auf einen arbeitsfreien Sonntag ist, so lebensfremd sind die kurzfristigen Eilverfügungen gegen die Sonntagsöffnungen. Die Gewerkschaften tragen damit leider nicht zur Stärkung des Arbeit gebenden Einzelhandels in den Innenstädten bei.

Wir freuen uns, dass durch ein von den IHKs in NRW beauftragtes Gutachten eine Klärung und Neuausrichtung der Gesetzgebung zur Öffnung an Sonn- und Feiertagen beflügelt werden konnte.

Gesetzgeberische Spielräume bei der Regelung von Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen

Gutachterliche Stellungnahme unter Berücksichtigung der
Verfassungsvorgaben des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV

Die neue Landesregierung hat dieses Gutachten aufgegriffen und eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes in Angriff genommen. Als IHKs geht es uns dabei weniger um eine bestimmte Anzahl oder gar um mehr an verkaufsoffenen Sonntagen als bisher. Wir stehen jedoch dafür ein, dass es Rechtssicherheit für die Unternehmen und Städte geben muss – und dass an allen Standorten gleiche Rahmenbedingungen gelten! Der bisherige Antrags- und Begründungsaufwand muss beseitigt werden, besonders für unseren Einzelhandel.

Meine Damen und Herren, nun zu unserer Region.

In unserem Bergischen Städtedreieck sind die Unternehmen und ihre Mitarbeiter auch nach sieben Jahren mit einer günstigen konjunkturellen Entwicklung weiterhin gut beschäftigt.



Quelle: PantherMedia

39 Prozent der Betriebe halten ihre aktuelle Geschäftslage für gut und weitere 57 Prozent sind damit zufrieden. Treiber waren neben den Dienstleistungsbetrieben insbesondere die Industrieunternehmen. Und der Optimismus bleibt ungebrochen. Die Geschäftserwartungen hinsichtlich der Umsatz- und Gewinnentwicklung sind sogar noch positiver geworden. Die Unternehmen planen zudem, neue Beschäftigung aufzubauen, mehr auszubilden und mehr zu investieren!

Ausdrücklich betonen und darauf hinweisen möchte ich, dass die bergischen Unternehmen ganz wesentlich zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.



Quelle: PantherMedia

Die Kämmerer werden bestätigen, dass unsere Gewerbesteuerzahlungen an die drei bergischen Großstädte in Richtung eines neuen Rekordniveaus unterwegs sind. Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ hat zuletzt auch zu beträchtlichen zusätzlichen Einnahmen geführt.

Außerdem hat es strukturelle Verbesserungen und Entlastungen der bergischen Kommunen durch den Bund und das Land gegeben. So hat beispielsweise der Bund die Grundsicherung im Alter vollständig übernommen. Im kommunalen Finanzausgleich sind ferner die Sozillastenansätze erhöht worden, wovon zahlreiche Großstädte mit besonderen

Strukturproblemen – etwa Wuppertal – profitieren. Und unser neuer Landesfinanzminister hat angekündigt, dass er einen Teil der jährlichen Integrationspauschale des Bundes von 434 Millionen Euro ab 2018 den Kommunen zu Verfügung stellen wird.

Wichtig ist, dass die neue Landesregierung die einschlägigen Stellschrauben des Finanzausgleichsystems nicht wieder zugunsten des ländlichen Raums und zu Lasten der Großstädte verändert.

Liebe bergische Unternehmerinnen und Unternehmer,
um bei uns dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen alle vorhandenen Potentiale bestmöglich ausgeschöpft werden. Im Fokus unserer Bergischen IHK standen in 2017 deshalb unter anderem auch die Gruppe der An- und Ungelernten



sowie geringqualifizierten Beschäftigten und Arbeitslosen. Für diese Zielgruppe sind Teilqualifikationen eine Chance, schrittweise berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben und am Ende einen Berufsabschluss nachzuholen.

Meine Damen und Herren,
im Zuge von rund 3.100 IHK-Prüfungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung konnten wir qualifizierte Fachkräfte in den Beruf entlassen. Die praxisnahen Prüfungen in der Weiterbildung wie auch in der Berufsausbildung garantieren unsere 1.500 ehrenamtlichen IHK-Prüfer.



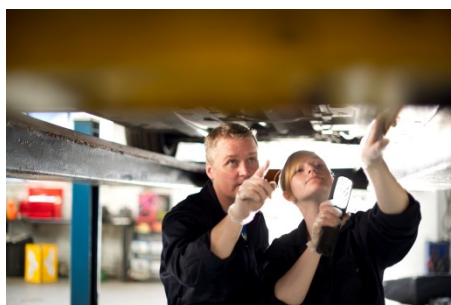
Mit ihrer direkten Anbindung an die tägliche Berufspraxis sind sie der Garant dafür, dass IHK-Prüfungen ganz eng an den tatsächlichen Unternehmensanforderungen ausgerichtet sind.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen allen persönlich dafür danken, denn es ist keineswegs selbstverständlich, dass jemand, der in verantwortlicher Position in einem Unternehmen, als Lehrer an einer Berufsschule oder an anderer Stelle beschäftigt ist, sich ehrenamtlich einbringen kann und darf. Gleichzeitig appelliere ich auch in diesem Jahr wieder an alle bergischen Unternehmer: Bitte stellen Sie Prüferinnen und Prüfer aus Ihren Unternehmen für dieses wichtige Ehrenamt frei! Sie unterstützen damit unser Aus- und Weiterbildungssystem.

Ungeachtet der Erfolgsmeldungen blicke ich mit großer Sorge auf den Ausbildungsmarkt in unserer Region. Durch gemeinsame Anstrengungen haben wir es zwar geschafft, der Agentur für Arbeit im Bergischen Land (offiziell Solingen-Wuppertal) fast 3.200 Ausbildungsplatzangebote zu melden. Demgegenüber suchen allerdings viel mehr junge Menschen einen Ausbildungsplatz.

Mein Damen und Herren,

damit komme ich zu einem der Schwerpunkte unserer Bildungsarbeit in 2018. Wir werden im neuen Jahr die systematische und strukturierte Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse weiter fortsetzen und vorantreiben.



Darüber hinaus werden wir mehr für das duale Ausbildungssystem werben und mit Vorurteilen aufräumen. Wir möchten mehr Abiturienten davon überzeugen, direkt in eine betriebliche Ausbildung zu gehen. Ziel ist es, dem Akademisierungstrend entgegenzuwirken und die Studienabbruchquoten zu reduzieren. Pilotprojekt

Meine Damen und Herren,

natürlich werden wir auch die Zusammenarbeit mit unserer Bergischen Universität, die seit vielen Jahren über ein breites und solides Fundament verfügt, weiter ausbauen. Hinzu kommen weitere Highlights, wie etwa der Bergische Innovations- und Bildungskongress.



Sie, sehr geehrter Herr Minister *Pinkwart*, konnten sich bei unserem letztjährigen Kongress in Remscheid selbst ein Bild von der Innovationskraft der bergischen Region machen.

Auch das renommierte Institut der Deutschen Wirtschaft attestierte uns im Innovationsatlas 2017, eine der herausragenden Innovationsregionen Deutschlands zu sein. Im Gesamtranking von 85 Regionen haben wir den 6. Platz erreicht. Das verdanken wir zweifelsfrei den zahlreichen Unternehmen aus forschungsintensiven Branchen, aber auch unserem hohen Industrieanteil und damit kann sich unsere Region durchaus mit den innovationsstarken Bundesländern in Süddeutschland messen. Darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren!

Die Zusammenarbeit mit der Uni ist insbesondere für die vielen kleinen und mittelgroßen Unternehmen wichtig, die über keine eigene Forschung und Entwicklung verfügen, sie sind auf das Know-how der Universität und den akademischen Fachkräftenachwuchs angewiesen (Beispiel: Datenbank Uni: Wo wird was erforscht; Ansprechpartner zu Sachthemen).

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister *Pinkwart*,

wir freuen uns außerordentlich, dass Sie der Stadt Wuppertal und dem gesamten Bergischen Städtedreieck bei Ihrem Projekt „Digitale Modellregionen in Nordrhein-Westfalen“



Quelle: PantherMedia

gemeinsam mit den Regionen Ostwestfalen-Lippe, Aachen, Gelsenkirchen und Soest den Zuschlag erteilt haben! Mit dem Projekt wollen Sie Regionen fördern, die gute Voraussetzungen für den weiteren Ausbau des eGovernment und der digitalen Stadtentwicklung bieten. Die Förderung ist in Wuppertal und unserem Bergischen Städtedreieck gut platziert. Insbesondere gilt es, die Prozesse zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu digitalisieren, schlanker und effizienter zu gestalten. Bis 2020 soll in allen Modellkommunen zum Beispiel ein digitales Gewerbeamt als „single point of contact“ für Unternehmen eingerichtet sein, das technisch wie organisatorisch von allen anderen Kommunen übernommen werden kann. Unter dem Schlagwort „Smart city“ sollen die digitalen Modellstädte langfristig Lösungen entwickeln sowie neue Technologien in der Praxis testen und etablieren. Best Practices sollen auf andere Städte und Kreise übertragen werden.

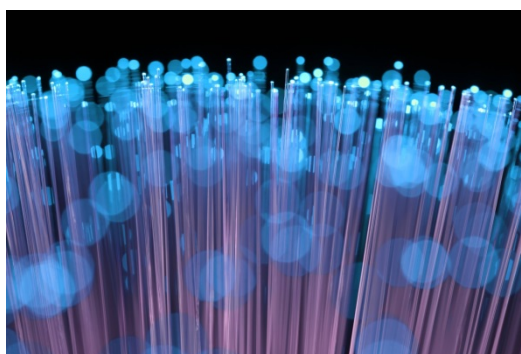
Stichworte: Prozesse nicht nur beschleunigen, sondern Denken verändern; Frage ist, wie wir arbeiten bis hin zur Hinterfragung unseres Geschäftsmodells; Flexibel, öffnen, anpassen.

Meine Damen und Herren,
noch vor der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte und einer vernünftigen Verkehrsanbindung ist von den Betrieben in der IHK-Standortumfrage



eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur als wichtigster Standortfaktor bewertet worden. Sowohl das Land NRW als auch die Bundesregierung unterstützen den Ausbau mit Fördermitteln bis zu 100 Prozent.

Ihr erklärtes Ziel, sehr geehrter Herr Minister *Pinkwart*, ist es, Nordrhein-Westfalen bis in die letzten Winkel mit Glasfaser zu versorgen.



Quelle: PantherMedia

Dieses Engagement ist lobenswert, gleichwohl bleibt die Sorge, dass die Digitalisierung in manchen Unternehmen schneller voranschreitet als der Breitbandausbau. Dieses Delta kann die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gefährden. Daher ist es nötig, schnell zu

pragmatischen Lösungen zu kommen, die ausnahmsweise nicht immer der deutschen Gründlichkeit genügen müssen. Verzicht der Unternehmen trotz Angeboten? Warnung!

Meine Damen und Herren,

besagte Digitalisierung durchzieht alle Branchen und ist in ihrer Wirkung weit mehr als die Industrialisierung vor mehr als 100 Jahren. Für die Unternehmen ist es essentiell die darin liegenden Chancen zu nutzen. Ein Blick auf die Branche der digitalen Wirtschaft im Bergischen Städtedreieck macht Mut. Denn wer bisher annahm, dass die digitale Wirtschaft nur in Köln und Düsseldorf beheimatet ist, irrt. Etwa 2.400 Unternehmen der IuK-Branche sind in Wuppertal, Solingen und Remscheid angesiedelt. Und die Branche wächst jedes Jahr überdurchschnittlich.

Der gleichzeitig hohe Industrieanteil in unserer Region und die Nähe zur Forschung an unserer Bergischen Universität stimmen uns hoffnungsvoll, bei der Weiterentwicklung der Wirtschaft unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ ganz vorne mit dabei zu sein.

Stichworte: BSW; Automobil-, Maschinenbau-, Oberflächentechnik-Cluster; 3 D in Solingen.



Mit der Gründung eines „Ausschusses für die digitale Wirtschaft“ und einem jährlich stattfindenden Kongress zum Thema, tragen wir als Bergische IHK dieser Entwicklung zusätzlich Rechnung. Wir freuen uns, dass Sie, sehr geehrter Herr Minister *Pinkwart*, Ihre Teilnahme an dem nächsten Kongress der Digitalen Wirtschaft Bergisches Land am 15. Februar 2018 bereits zugesagt haben.

Meine Damen und Herren,

ganz vorne mit dabei ist unser Bergisches Städtedreieck übrigens auch bei den Immobilien- und Standortgemeinschaften; hier gibt es die meisten in NRW.



In Solingen-Ohligs konnte im vergangenen Jahr die dritte in der Region ihre Arbeit aufnehmen. Damit ist in jeder unserer drei bergischen Großstädte eine solche privatwirtschaftliche Initiative zur Revitalisierung der Innenstädte aktiv.

Stichworte: Digitalisierung verändert Denken – Geschäftsmodelle, Stationärer Handel und Online Handel – 2 Seiten der gleichen Medaille.

Der Erfolg zeigt, dass unsere Bürgerinnen und Bürger ein außerordentliches persönliches und finanzielles Engagement für die bergischen Standorte haben.

Den Stadtverwaltungen im Bergischen danken wir für die großartige Unterstützung, die sie den Privaten zukommen lassen.

Meine Damen und Herren, Stichwort Großbaustelle:

was in Stuttgart oder Berlin utopisch ist – in Wuppertal war es möglich: Die Einhaltung von zugesagten Terminen bei Großbauprojekten. Die Unterbrechung der B 7 aufgrund des Döppersberg-Umbaus war für drei Jahre geplant und sie endete planmäßig nach drei Jahren im Sommer letzten Jahres.



Quelle: Günter Lintl

Für die Autofahrer in Wuppertal und für die Unternehmen, insbesondere für den Einzelhandel in Elberfeld, war dies keine leichte Zeit. Mittlerweile ist auch die Geschäftsbrücke über die tiefergelegte B 7 für die Fußgänger freigegeben und der Zugang zu den Gleisen erfolgt wie vorgesehen durch die neue Mall. Der neue untere Bahnhofsvorplatz ist fertig und auch das neue Investoren-Gebäude geht seiner Fertigstellung entgegen.



Quelle: Günter Lintl

Es bleibt zu hoffen, dass auch die restlichen Arbeiten planmäßig abgeschlossen werden und wir uns dann über einen fertigen neuen Döppersberg und einen neuen Busbahnhof freuen können.

Wenn Sie auf dem neuen Bahnhofsvorplatz die noch gesperrte Freitreppe hinaufschauen, sehen Sie das historische Gebäude der Bundesbahndirektion, der erste Bauabschnitt des Wuppertaler Factory Outlet Centers.



Quelle: Günter Lintl

Im Herbst hat der Investor den Startschuss für die Umbauarbeiten im Inneren des Objekts gegeben. Als Bergische IHK haben wir gemeinsam mit dem Einzelhandelsausschuss eine Beschlussvorlage für die Vollversammlung erarbeitet, die wir als Stellungnahme in das Planverfahren eingebracht haben.



So ist es weder Aufgabe noch Ziel der IHK, angesiedelte Unternehmen vor Wettbewerb zu schützen. Aber ein Projekt dieser Größenordnung nimmt jedoch naturgemäß großen Einfluss auf die Innenstädte.



Daher haben wir in der Positionierung zum Wuppertaler FOC darauf hingewiesen, dass es Anpassungsbedarf bei den zum Teil nicht nachvollziehbaren Planungen gibt. Ein Solitärstandort ist unter allen Umständen zu vermeiden. Wenn sich das FOC gut in die Innenstadt einfügt und das bereits existierende Angebot ergänzt, kann es ein Gewinn für die Stadt sein. Dazu gehört ebenfalls, dass die Infrastruktur angepasst werden muss beziehungsweise bleiben muss, zum Beispiel der Kiesbergtunnel. Ohne den ist die Erreichbarkeit des Standortes, wie in der Planung vorgesehen, nicht gewährleistet.

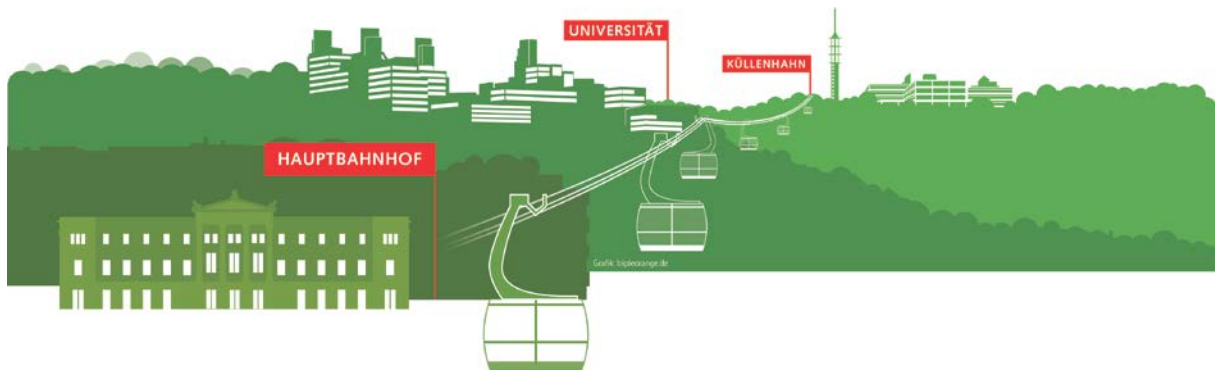
Das Unternehmerparlament hat hier übrigens einstimmig dafür votiert, dass die Städte Wuppertal und Remscheid die gegenseitigen Klagen gegen das jeweils andere Outlet Center-Projekt zurückziehen sollen!

Auf den Baubeginn des Remscheider Projektes sind wir gespannt.



Der Markt wird zeigen, ob genügend Potential besteht, dass sich zwei Center in unserer Region etablieren können.

Meine Damen und Herren,
medienwirksam wie die FOC/DOC-Planungen war in letzter Zeit nur ein weiteres Projekt – die Seilbahnpläne in Wuppertal.



Der IHK-Bezirksausschuss Wuppertal hat sich unlängst zum zweiten Mal intensiv mit diesem Projekt beschäftigt und erneut Befürworter und Gegner angehört und es stellte sich auch heraus, dass noch manche Fakten geklärt werden müssen. Zwischen den Mobilitätsideen der Zukunft, die es ja zum Teil schon gibt, und der Seilbahntechnologie, die manche als Technik von Gestern ansehen, hat am Ende der Präsident des Wuppertal Instituts die Stimmung der meisten Unternehmer so zusammengefasst – ich zitiere: „Die Seilbahn steht auch für die Innovationsfähigkeit dieser Stadt und ihre Attraktivität für Investoren, Fachkräfte und Touristen.“

Meine Damen und Herren,
das Wichtigste, was Unternehmer und Politiker brauchen, ist Mut zur Zukunft. Sie zu gestalten, hat nicht immer was zu tun mit richtig oder falsch, gut oder schlecht, schwarz oder weiß. Sie hat aber immer mit Visionen zu tun für die man eintritt, mit Zielen, für die man sich einsetzt und auch umsetzt, auch wenn es manchmal dazu gegen den Strom geht, mit Vertrauen, was immer wieder von neuem geschaffen werden muss. Und dafür gibt es Beispiele, BERGISCHE Beispiele: eins

davon ist die „Junior Uni“ – offiziell „Kinder- und Jugend-Universität für das Bergische Land“.



Die europaweit einmalige außerschulische Bildungseinrichtung wird 2018 zehn Jahre alt. Dieses Leuchtturmprojekt ließ sich nur durch die großartige Unterstützung bergischer Unternehmer und Stiftungen sowie dank eines ausgeprägten Mäzenatentums im Bergischen Land realisieren.

Ich danke allen, die an diesem einzigartigen Bildungsprojekt durch ihre Unterstützung teilhaben und es zehn Jahre lang nach vorne gebracht haben. Zusätzlich zur Erstellung des Gebäudes ist bislang gelungen, auch das Gesamtbudget des laufenden Betriebs von aktuell 1,2 Millionen Euro im Jahr von Unternehmen, Stiftungen, privaten Spendern und dem Förderverein der Junior Uni zusammenzutragen – ohne einen Cent öffentlicher Steuergelder oder Subventionen! Die Bilanz ist beeindruckend: mehr als 50.000 Kursplätze wurden eingerichtet und es gab darüber hinaus mehr als 28.000 Wartelistenplätze seit der Gründung der Junior Uni. Es wurden zahlreiche, sehr erfolgreiche Forschungsprojekte von 4- bis 20-jährigen Studentinnen und Studenten aus nah und fern durchgeführt.

Gerne rufe ich hiermit ausdrücklich zu weiterer Unterstützung auf. Dabei zitiere ich, was mein Amtsvorgänger Friedhelm *Sträter* von dieser Stelle aus vor vielen Jahren gesagt hat: „Die Junior Uni ist für uns Unternehmer das denkbar beste Geschäft. Denn sie macht unsere jungen Menschen stärker für den späteren Einstieg in Ausbildung und Studium.“ Gratulieren möchte ich dem Gründer, Prof. Dr. Ernst-Andreas *Ziegler*, und seinen leidenschaftlich arbeitenden Teammitgliedern zum Jubiläum. Sie sind heute ebenso wie die Vorstandsmitglieder des Fördervereins und des kaufmännisch-organisatorischen Beirats der Junior Uni anwesend und stehen zum Gespräch bereit.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Bergischen Industrie- und Handelskammer für ihre gute, tagtägliche Arbeit bedanken.

Wir bergischen Unternehmer, weltoffen, proeuropäisch und der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet – so sind wir nun mal –, wissen um die schwierige Aufgabe, die unsere Politiker jeden Tag zu meistern haben, mit Ihren Kernaufgaben in Bereichen der inneren und äußeren Sicherheit, der Infrastruktur und der Bildung. Unsere große Bitte an Sie alle ist: „Bevor Sie Geschenke an wen auch immer verteilen, denken Sie daran, dass unser Wohlstand jeden Tag aufs Neue erarbeitet werden muss.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Sie hören nun nochmal das „Allstars Quartett“ ...